

Bundesarbeitsgemeinschaft "Den Kindern von Tschernobyl" in Deutschland e.V.  
c/o Burkhard Homeyer, 1.Vors., Karl-Immermann-Str.28, 48165 Münster  
02501-70927, Fax-27417, Burkhard.Homeyer@t-online.de

An Abgeordnete des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Freundinnen und Freunde der "Kinder von Tschernobyl",  
mit dieser Anrede möchte ich mich an Sie wenden angesichts der Verbotsandrohung und Einschränkung der Kindererholungsreisen von Belarus nach Deutschland, die schon dazu geführt haben, dass Kindergruppen nicht ausreisen durften. Viele, viele sich seit Jahren engagierende Menschen sind verunsichert, ob die Kinder 2009 kommen werden, jetzt müssen die Vorbereitungen - Spendenaktionen in der Weihnachtszeit, Einladungen, Buscharter, Gastelternsuche usw. - getroffen werden. Diese breite Friedens- und Versöhnungsarbeit der kleinen Schritte droht zusammenzubrechen. Nicht verständlich ist, warum die belarussische Seite einen neuen zwischenstaatlichen Vertrag fordert, liegen in Minsk doch schon rechtsverbindliche Verträge mit den Maßnahmenträgern vor. Vermutlich sollen die NGO's auch bei uns - wie in Weißrussland - ausgehebelt werden. Inakzeptabel ist ein Dekret (555), das gegen jedes Menschen- und damit Kinderrecht - Recht auf Gesundheit und Reisefreiheit - verstößt. Viele deutsche Initiativen haben sich seit September 08 an die Dt.Botschaft in Minsk und das Auswärtige Amt in Berlin gewandt mit der Bitte um Unterstützung und Beratung. Leider ist die Antwort bis heute sehr stereotyp geblieben: Wir prüfen. Sie wird inzwischen nur als ein Hinhalten verstanden.

Weil die Zeit aber drängt, wenden wir uns nun an Sie mit der Bitte, Ihren Einfluss geltend zu machen, um die Dringlichkeit deutscher staatlicher Schritte zu unterstreichen und damit der belarussischen Seite klar und eindringlich zu signalisieren, was auf dem Spiel steht und revidiert werden muss - gerade weil uns an guten und einvernehmlichen Beziehungen gelegen ist.

Zu Ihrer Kenntnis schicke ich deshalb im Anhang unsere "Kasseler Erklärung", das Antwortschreiben des Auswärtigen Amtes und meine jetzt erfolgte Antwort. Auf keinen Fall möchte ich diese so verstanden wissen, dass wir unseren Außenminister beschädigen wollen, sondern die Sache voran getrieben wird. Anfügen möchte ich zugleich das "Memorandum of Understanding" von 1994, das wir bis jetzt als unsere "Geschäftsgrundlage" verstanden haben, sowie den Entwurf für die Parlamentarische Versammlung. Mit Dank für Ihre Bereitschaft mitzudenken  
und freundlichen Grüßen  
Burkhard Homeyer